

FORUM



Es reicht!

Zur Aussenpolitik der Schweiz

Geblendet davon, der EU-Regierung zu gefallen, verlieren unsere Regierungsverantwortlichen jeden Bezug zur Realität. Bundespräsidentin Sommaruga reist nach Brüssel, um sich dort an der innereuropäischen Asyldebatte zu beteiligen. Sie plädiert für europäische Verteilquoten und sichert zu, dass sich die Schweiz daran beteiligen werde.

Kürzlich wurden im Mitte-links-Nationalrat – mit gütiger Unterstützung durch die Freisinnigen – alle Anträge der SVP abgelehnt und Folgendes beschlossen: keine Grenzkontrollen, Gratsanwält für Asylanten, Enteignung von Grundeigentümern zur Schaffung von Asylantenunterkünften und so weiter.

Die illegale Migration überrollt Europa! Schengen und Dublin sind Makulatur, aber Bundesrat und die Parlamentsmehrheit tun so, als gäbe es in Europa keinerlei Probleme. Immer mehr europäische Staaten machen ihre Grenzen dicht – und die Schweizer Regierung? Sie verweigert jede Massnahme zum Schutz der Schweizer Bevölkerung.

Es ist genug – es dürfen keine Leute mehr gewählt werden, die mit einem bürgerlichen Mäntelchen herumrennen und dann 4 Jahre lang konsequent links abstimmen. Jetzt haben wir die Möglichkeit, das Blatt zu wenden. Die SVP ist die einzige Partei, welche garantiert, dass die Zuwanderung begrenzt wird, dass Missbräuche im Asylwesen beseitigt und kriminelle Ausländer ausgeschafft werden – und vor allem: dass die Schweiz nicht durch die Hintertür der EU angeschlossen wird!

VRENI ALTHAUS, ROTKREUZ

Namen von Postplatz ersetzen

Zur Information der Post AG über die Zukunft der Zuger Poststellen

Am vergangenen Donnerstag orientierten zwei Herren von der Post AG, warum sie am Postplatz keine normale Poststelle mehr weiterführen wollen. Der Umsatz sei stark zurückgegangen, deshalb würde es nicht mehr rentieren. Man wolle nur noch in einem Geschäft in der Umgebung wenige Postvorgänge ermöglichen. Offensichtlich hat der Stadtrat mit der Post AG viel zu lieb verhandelt. Letztere wird bei ihrer Haltung bleiben und mit ihrem Gemischtwarenladen mit der Post in den nächsten Monaten in den Laubenhof umziehen, welcher der städtischen Pensionskasse gehört. Wenn sie weg ist, braucht es den Namen «Postplatz» nicht mehr. Ich schlage dem Stadtrat vor, möglichst bald den Namen «Postplatz» durch einen anderen zu ersetzen. Aus einem Wettbewerb würden sicher gute Namen resultieren. Auch der Name «Poststrasse» soll auch wegen der vielen Adressen mit etwas Verzögerung gewechselt werden.

WERNER GIGER, ZUG

Wenn die Sonne geht

Man kann es drehen und wenden, wie man will, in Zug gibt es einfach die schönsten Sonnenuntergänge – zumindest in der Schweiz.

Leserbild Karin Bossi, Oberwil

Die SVP kann gar nichts garantieren

Zur Flüchtlingskrise

Das Flüchtlingseleid, wovon wir täglich Zeugen sind, die verzweifelten Menschen, die lieber den Tod auf der Überfahrt in eine mögliche ungefährliche Zukunft in Kauf nehmen, als zu Hause Opfer von sinnlosem Terrorismus werden, all dies lässt uns Menschen nicht kalt. Wir sind froh, dass wir zur richtigen Zeit am richtigen Ort geboren worden sind und ein sicheres Zuhause, einen Beruf, der uns ein angenehmes Leben ermöglicht, und einen funktionierenden Staat mit integrierter Rechtsprechung haben.

Denkt man. Und sieht dieses unsägliche Inserat der SVP in allen Zeitungen. Gross, fett, farbig.

Wir kennen die (Geistes-)Haltung der SVP zur Genüge. Und wenn sie Millionen von Geldern in Inseratekampagnen stecken will, freuen sich Werbeagenturen und Printmedien. Aber: Falsche Behauptungen in die Welt zu setzen, steht einer Bundesratspartei nicht gut an.

Die SVP kann gar nichts garantieren. Weder die Begrenzung der Zuwanderung noch die anderen aufgeführten Punkte. Die SVP ist nämlich nicht die Mehrheitspartei. Die SVP ist (noch) Teil der schweizerischen Konkordanz. Die SVP übernimmt mit den anderen grossen Parteien auf allen Ebenen Exekutivverantwortung. Nicht alleine. Nie alleine. Solange dieses Konkordanzsystem in der Schweiz nicht von einem Regierungs-/Oppositionssystem abgelöst wird, ist und bleibt die SVP eine Partei unter mehreren. Und kann allein gar nichts garantieren.

Zudem erschüttert mich die gedankenlose (?) Übernahme von faschistoidem Vokabular. Den Begriff «Anschluss» mit einer demokratischen Institution wie der EU zu ge-

brauchen, ist verwerflich und hetzerisch. Im Übrigen schliesst man sich der EU nicht an. Keiner der jetzigen EU-Mitgliedstaaten hat dies getan. Man verhandelt einen möglichen Beitritt. Diesen Vorgang in Verbindung zu setzen mit historischen Begebenheiten aus den 30er-Jahren, welche durch pseudodemokratische Entscheide zu Stande gekommen sind, ist hetzerisch gegenüber der EU und herablassend gegenüber allen Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, welche an der Urne jeweils mit bestem Wissen und Gewissen ihren Wahl- oder Stimmzettel einwerfen. Es ist eine Verunglimpfung unserer direkten Demokratie, welche ich so von einer Bundesratspartei, welches die SVP zu sein wünscht, nicht akzeptiere.

CHRISTINA BÜRGI DELLSPERGER, NATIONALRATSKANDIDATIN SP, DIPLOMATIN, ZURZEIT IN ANKARA, ADRESSE IN DER SCHWEIZ: RISCH

Bitte mit Adresse an uns schicken

- Immer wieder erreichen uns Leserbriefe anonym oder ohne genaue Adressangabe. Anonyme Schreiben wandern in den Papierkorb. Wir drucken keine Briefe ab, deren Herkunft uns unbekannt ist. Dies gilt auch für Texte, die uns via E-Mail übermittelt werden. Eine E-Mail-Adresse allein genügt nicht.
- Grundsätzlich werden Abonnenten unserer Zeitung bei der Auswahl von Leserbriefen bevorzugt behandelt.
- Unsere Adresse lautet: redaktion@zugerzeitung.ch

Menschlichkeit ist der Ökonomie abhandengekommen

Zu Ökonomie und Humanität

Der grösste Fehler der modernen Ökonomie ist, dass ihr der Bezug zur Liebe fehlt. Ein Charakteristikum der Liebe ist ja, dass bei ihr die Eigeninteressen nicht im Vordergrund stehen, wer wahrhaftig liebt, vergisst sich selber zwar nicht, denkt jedoch sehr stark an die Interessen der geliebten Person.

Die moderne Ökonomie geht von der Irrlehre aus, dass alle Menschen aus Eigeninteressen handeln und die Summe dieser Eigeninteressen zum Guten führt! Dies hat zu einer durchökonomisierten Gesellschaft geführt, in der auf

Wirtschaftsebene einzig und alleine das Renditedenken zählt und der Egoismus ein unerträgliches Mass angenommen hat!

Vor lauter Eigeninteresse vergisst man, dass Glück nur zu finden ist, wenn man die Interessen aller berücksichtigt. Dazu gehören auch die Interessen der Natur oder die Interessen der Kinder. Was nützt den Kindern das Eigeninteresse der Eltern, die beide arbeiten, um sich Ferien und zwei Autos leisten zu können, aber keine Zeit mehr für die Kinder haben?

Was nützt es, wenn die Arbeitnehmer so viel molochen, dass sie am Abend

zu müde sind, sich in Vereinen zu engagieren? Die Wirtschaft muss wieder mehr Menschlichkeit und mehr Liebe zeigen. Für eine menschliche Wirtschaft fehlt eindeutig die Liebe.

Ich weiss, dass HSG-Absolventen nun verständnislos die Köpfe schütteln, aber ihnen sei nahegelegt, zu lernen, dass Ökonomie erst in der Neuzeit auf Mathematik und Verwaltungsbürokratie reduziert wurde (die zudem auf Modellen fussen, die nie bewiesen wurden). Anders ist es ja nicht erklärbar, dass wahre ökonomische Erkenntnisse heute von Anthropologen oder Philosophen kommen, aber Ökonomen nur alte

Rezepte präsentieren, die schon längst gescheitert sind.

Eine letzte Frage: Waren frühere Unternehmer schlechter, die ihre Business-Lunchs über mehrere Stunden absolvierten und es sich nicht nehmen liessen, gemeinsam über Gott und die Welt bei einer guten Zigarre und einem exquisiten Cognac zu diskutieren? So kamen neue Ideen.

Sicher viel eher als beim Verfassen der unnötigen Quartalsberichte. Diese nützen so oder so nur der Finanzindustrie, haben jedoch keinerlei unternehmerischen Wert!

MICHEL EBINGER, ROTKREUZ

EU, Flüchtlinge und Wahlen

Zur aktuellen politischen Situation

Die EU will nicht mit der Schweiz über die Personenfreizügigkeit verhandeln. Im Gegenteil, sie mahnt uns, Schengen/Dublin einzuhalten. Mittlerweile ist jedem klar, dass die EU ihre Aussengrenze nicht im Griff hat und einzelne Länder (wie zum Beispiel Deutschland) tun, was sie gerade für richtig halten.

Ich sehe da einige Verhandlungssätze für die Schweiz, aber was tut Frau Sommaruga? Sie nennt der EU bereits eine Zahl, wie viele «Flüchtlinge» die Schweiz von der EU übernehmen werde. Obwohl sie sich innerhalb der EU noch nicht mal über einen Verteilungsschlüssel einigen konnten.

Es wird fleissig von Flüchtlingen gesprochen, was wir wissen, ist aber lediglich, dass momentan Tausende Menschen einer fremden Kultur sich in Europa niederlassen wollen, besser gesagt nur dort, wo sie auch richtig viel Sozialhilfe kriegen.

In Sicherheit sind sie nämlich schon lange. Das sind keine an Leib und Leben

bedrohten Flüchtlinge! Und nicht einige tausend, es wird bereits mit Millionen gerechnet, und die EU hat keinen Plan! Das Versagen und die Schwäche der EU an ihrer Aussengrenze kaschieren die Mächtigen Europas damit, dass sie ständig von Humanität sprechen und auf Viktor Orban einprügeln, obwohl er als Einziger den Mut hat, das Richtige zu tun. Nämlich die Grenzen zu schliessen und offen und ehrlich zu sagen, dass sie keine zu grosse Anzahl Muslime wollen.

Wir müssen mutig zwischen echten und unechten Flüchtlingen unterscheiden und die Scheinasylbewerber konsequent zurückschicken. Alles andere ist unfair.

Die SVP verfügt im Kanton Zug als einzige Partei über eine eigenständige, bürgerliche Liste. Durch die Listenverbindung der CVP, FDP und der Grünliberalen (!) geben Sie, egal welche Liste Sie verwenden, den anderen beiden Parteien dieses Mitte-links-Einheitsbreis automatisch auch eine Stimme. Wollen Sie das wirklich?

THOMAS WERNER, KANTONSRAAT SVP, UNTERÄGERI

Die Politiker machen es sich allzu leicht

Zur derzeitigen Flüchtlingssituation in Europa

Die Politiker machen es sich allzu leicht. Schuld an der Flüchtlingssituation sind die Schlepper, doch diesen gegenüber ist man machtlos. Sie arbeiten im Dunkeln wie Drogen- und Waffenhändler und meist in fernen Ländern.

Also lehnen sich unsere Verantwortlichen zurück mit der Ausrede: «Wir sind machtlos.» Doch es gibt ein sehr nützliches Mittel gegen den Asylmissbrauch: unsere Gesetze konsequent anwenden, wie es seinerzeit Justizminister Blocher getan hat. Schlagartig gingen damals die Asylgesuche deutlich zurück (ist statistisch belegt).

Schnell spricht es sich bei den Ausreisewilligen herum, dass es schwierig geworden ist – als Wirtschaftsflüchtling –, in der Schweiz aufgenommen zu werden. Die Schlepper erhalten keine Aufträge

mehr. Dass die Schweiz für alle Asylbewerber Tür und Tore öffnet, liegt an der linken Politik. Je mehr Asylbewerber in der Schweiz sind, umso mehr Stellen werden durch Bund und Kantone für Administration, Beherbergung, Ärzte, Anwälte, Therapeuten und so weiter benötigt. Ja, eine ganze Industrie profitiert von unzähligen Stellen, welche durch die steigenden Zahlen geschaffen werden.

Die Jobs in der Sozialindustrie bezahlt schlussendlich jeder einzelne Steuerzahler aus seinem eigenen Sack. Setzen wir ein Zeichen und kontrollieren wir unsere Grenzen, damit der ungehinderte Strom von Wirtschaftsflüchtlingen nicht weiter anhält.

Die Flüchtlingsswelle wird durch den «Mainstream» der Medien inklusive des Schweizer Fernsehens eifrig unterstützt. Wer diesen verheerenden Trend stoppen will, kann am 18. Oktober entsprechend seine Stimme abgeben!

RALPH RYSER, KANTONSRAAT SVP, UNTERÄGERI